



# Erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken

Martina Renner in der Debatte zur Novellierung des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes

**Mit dem am 19. September mit der Mehrheit des Thüringer Landtags verabschiedeten Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Thüringer Polizei setzt die CDU/SPD-Koalition den im Jahr 2001 forcierten Grundrechtsabbau im Sicherheitsbereich fort, der vielfach durch die obersten Gerichte korrigiert werden musste.**

„Mit dem Gesetz wird die Polizei mit quasi geheimdienstlichen Befugnissen bevorratet, die es ihr erlauben, ohne Straftatverdacht, also aufgrund reiner Vermutungen und Verdächtigungen, in der Privatsphäre zu lauschen, zu spähen, sich auf Computern mit Staatstrojanern einzunisten oder Spitzel sowie verdeckte Ermittler im sozialen Umfeld zu platzieren. Die Thüringer Koalition kann nun endgültig nicht mehr für sich in Anspruch nehmen, für eine bürgerrechtsorientierte Politik zu stehen. CDU und SPD haben wieder einmal bewiesen, dass sie Grundrechte bereitwillig für mehr staatliche Überwachung opfern“, sagte die Innenexpertin der Fraktion DIE LINKE, Martina Renner, nach der Parlamentsabstimmung.

In der Debatte hatte die Abgeordnete auf die Anhörung zum Gesetzentwurf im Innenausschuss verwiesen: „Wir hatten verschiedene Experten eingeladen und überwiegend gab es zwei Befunde. Erstens, im Gesetz sind handwerkliche Fehler. Es ist auch davon gesprochen worden, einiges sei mit heißer Nadel gestrickt. Aber viel schwer-

wiegender war die Feststellung, dass immer noch Teile des Gesetzes verfassungswidrig sind und dass möglicherweise bei einer neuerlichen Überprüfung vor dem Verfassungsgericht diese Regelungen nicht zu halten sein werden.

Allein diese Feststellung hätte dazu ausgereicht, innezuhalten im Innenausschuss und tatsächlich eine zeitlich angemessene und inhaltlich auch fundierte Beratung durch die Fraktionen durchzuführen.“ Dies sei aber mit der Ausschussmehrheit verhindert worden, so Martina Renner weiter.

### Schwere Grundrechtseingriffe auf Grundlage von Mutmaßungen

„Die verfassungsrechtlichen Bedenken beziehen sich auf den Kernbereichsschutz, also den Bereich der unmittelbaren privaten Lebensgestaltung, auf den Schutz von Berufsheimnisträgern und auf die Rechte von Betroffenen von Polizeimaßnahmen“, hatte die LINKE Innenpolitikerin im Landtag betont. Im Zentrum der Anhörung habe die Frage gestanden, „ob die Befugnisse zur verdeckten Datenermittlung im Bereich des Gefahrenabwehrrechts überhaupt notwendig sind (...) Für uns steht fest, der Verdacht, dass hier in Zukunft schwere Grundrechtseingriffe auf der Grundlage von Mutmaßungen und Verdächtigungen ermöglicht werden sollen, wurde für uns erhärtet“. Martina Renner hatte es in ihrer Pressemitteilung nach dem

Landtagsbeschluss als „unfassbar“ bezeichnet, dass der Gesetzgeber aufgrund einer Verfassungsgerichtsentscheidung ein Gesetz verabschiedet, zu dem aber Rechtsexperten erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken geäußert haben.

Für DIE LINKE ist ebenso wenig nachzuvollziehen, dass sich das Parlament notwendigen Veränderungen im Polizeiaufgabengesetz verweigert hat: „Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten, Stärkung der parlamentarischen Kontrolle, Stärkung der Rechte von denjenigen, die von polizeilichen Maßnahmen betroffen sind – das wären notwendige Änderungen gewesen, die anstelle der quasi schrankenlosen Eingriffsbefugnisse hätten verankert werden müssen“, unterstrich die Abgeordnete und verwies auf den von der Linksfraktion vorgelegten umfassenden Änderungsantrag für ein bürgerrechtsfreundliches, verfassungskonformes Polizeiaufgabengesetz, das eine transparente und öffentlich kontrollierte Polizei ermöglicht.

Die LINKE will mit Blick auf eine bürgernahe Polizei die Stärkung der Transparenz und der Kontrolle polizeilichen Handelns über die Einrichtung einer Polizeibeswerdestelle erreichen. „Wir brauchen eine parlamentarische und damit öffentliche Kontrolle polizeilichen Handelns durch einen Polizeiausschuss im Landtag, insbesondere was den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel durch die Polizei angeht“, sagte Martina Renner in der Debatte.

## KOMMENTIERT:

von Katharina König

### Gegen rassistische Hetzkampagne

*Eine Diffamierungskampagne der Thüringer NPD gegen mich kommt der extrem rechten Partei jetzt teuer zu stehen. Sie hatten behauptet, dass ich in Verbindung mit einer Auseinandersetzung gegen NPD-Wahlhelfer Anfang September in Bad Blankenburg gestanden habe bzw. Morgenstern schwingende Übeltäter rekrutiert haben könnte. Nach der Auslobung eines „Kopfgeldes“ in Höhe von 500 Euro durch die NPD war es anschließend zu Drohungen und Gewaltaufrufen gegen mich und Neonazi-Gegner im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt gekommen.*

*Das Landgericht Gera hat nun eine einstweilige Verfügung erlassen, die es der NPD Thüringen verbietet, entsprechende Unterstellungen wörtlich oder sinngemäß zu verbreiten. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung droht das Gericht die Verhängung eines Ordnungsgeldes von bis zu 250.000 Euro an. Da die NPD die Verleumdungen innerhalb der rechten Szene weiterverbreitete und parteieigene Publikationen diese reproduzierten, erging durch das Landgericht Gera eine weitere wortgleiche einstweilige Verfügung gegen die Zeitschrift „Deutsche Stimme“, vertreten durch den NPD-Bundesvorstand. Zudem wurden ein halbes Dutzend weitere NPD-Verbände und -Gruppierungen anwaltlich abgemahnt, da diese weiterhin den Ursprungstext vom Thüringer Landesverband verbreiteten. Sämtliche Kosten für Anwälte, Gericht und Auslagen hat nun die NPD zu tragen. Parallel wurde außerdem eine Anzeige wegen der Drohungen mehrerer NPD-Anhänger bei der Staatsanwaltschaft Gera eingereicht.*

*Wir lassen uns weder durch die Aussetzung von Kopfgeldern bedrohen, noch durch Gewaltaufrufe von NPD-Anhängern einschüchtern. Wir treten der rassistischen Hetzkampagne entgegen und stellen uns an die Seite der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, der Muslime, Sinti und Roma sowie Asylsuchenden, die in diesen Wochen massiv rassistisch angefeindet wurden. „Die NPD kommt - WIR SIND AUCH DA“, lautet eine Losung des Jenaer Bündnisses gegen den rassistischen Wahlkampf der NPD. Ein Teil der Kosten aus dem Rechtsstreit, den die NPD nun vollständig zahlen muss, kommt übrigens einem gemeinnützigen Verein für die Rechte von Sinti und Roma zu Gute. ■*

## AKTUELL

# Steigende Quote Langzeitarbeitsloser

Zwei Studien, die jetzt veröffentlicht wurden, lassen Fragen an den stets bemühten Fachkräftemangel entstehen. Eine Untersuchung der TU Ilmenau weist auf mangelndes Engagement Thüringer Unternehmen bei der Sicherung von Fachkräften hin, zugleich belegt eine Studie der Bundesagentur für Arbeit das hohe Qualifikationsniveau Thüringer Langzeitarbeitsloser.

Dazu erklärte MdL Ina Leukefeld: „Statt ständiger Klagen über Abwanderung brauchen wir gute Löhne für alle Beschäftigten und Offenheit in den Unternehmen auch für Menschen mit gebrochener Erwerbsbiografie.“ Gemäß den Zahlen der Bundesagentur haben mehr als drei Viertel der Langzeitarbeitslosen in

Thüringen eine berufliche Qualifikation. Dies liegt deutlich über dem Bundeschnitt, wo nicht einmal jeder Zweite entsprechende Voraussetzungen mitbringt. Dennoch sind Langzeiterwerbslose in Thüringen deutlich abgehängt auf dem hiesigen Arbeitsmarkt: Seit Januar dieses Jahres ist ihre anteilige Quote an allen Erwerbslosen von circa 30 auf 35 Prozent gestiegen.

„Neue Initiativen seitens der Landesregierung, die das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit effektiv angehen und, sofern notwendig, auf zielgerichtete Nachqualifikation setzen, vermisse ich derzeit. So gibt es eine Vielzahl von Pilotprojekten, aber keine richtungsweisende Strategie. Vielmehr scheint es so, als ob sich die Landesregierung auf den formal guten Zahlen

des Arbeitsmarktes ausruht. Dies widerspricht aber der Thüringer Landesverfassung, denn dort ist festgelegt, dass es Ziel einer guten Landespolitik ist, jedem die Möglichkeit zu schaffen, „seinen Lebensunterhalt durch frei gewählte und dauerhafte Arbeit in Thüringen zu verdienen. Zur Verwirklichung dieses Staatsziels ergreifen das Land und seine Gebietskörperschaften insbesondere Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, der beruflichen Weiterbildung und der Umschulung“.

Ina Leukefeld fordert: „Auch im 20. Jahr der Landesverfassung sind wir davon noch weit entfernt. Ich erwarte von der Landesregierung ein entschlossenes Vorgehen statt entspanntes Zurücklehnen!“ ■